

## Textgegenüberstellung

## Geltende Fassung

## Vorgeschlagene Fassung

## Artikel 1

## Änderung des Bildungsdirektionen-Einrichtungsgesetzes

## Bildungsdirektor, Bildungsdirektorin

## § 7. (1) und (2) ...

(3) Der Bildungsdirektor oder die Bildungsdirektorin hat dem zuständigen Mitglied der Bundesregierung das Gelöbnis der *Amtsverschwiegenheit* und der unparteiischen, gewissenhaften und uneigennützigen Erfüllung seiner oder ihrer Amtspflichten zu leisten. Die Verweigerung des Amtsgelöbnisses hat den Verlust der Funktion durch Abberufung (§ 8 Abs. 2 Z 3 und Abs. 4) zur Folge.

## Bildungsdirektor, Bildungsdirektorin

## § 7. (1) und (2) ...

(3) Der Bildungsdirektor oder die Bildungsdirektorin hat dem zuständigen Mitglied der Bundesregierung das Gelöbnis der *Einhaltung der Bestimmungen über die dienstliche Geheimhaltung* und der unparteiischen, gewissenhaften und uneigennützigen Erfüllung seiner oder ihrer Amtspflichten zu leisten. Die Verweigerung des Amtsgelöbnisses hat den Verlust der Funktion durch Abberufung (§ 8 Abs. 2 Z 3 und Abs. 4) zur Folge.

## Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsrecht

§ 38. § 7 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/xxxx tritt mit 1. September 2025 in Kraft.

## Artikel 2

## Änderung des Bildungsdokumentationsgesetzes 2020

## 7. Abschnitt

## Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 21. Schlussbestimmungen
- § 22. Inkrafttreten
- § 23. Außerkrafttreten des Bildungsdokumentationsgesetzes
- § 24. Übergangsbestimmungen hinsichtlich des 1. bis 3. Abschnittes
- § 25. Übergangsbestimmungen hinsichtlich des 6. Abschnittes

- § 26. Vollziehung

## § 3. (1) bis (7)

## 7. Abschnitt

## Übergangs- und Schlussbestimmungen

- § 21. Schlussbestimmungen
- § 22. Inkrafttreten
- § 23. Außerkrafttreten des Bildungsdokumentationsgesetzes
- § 24. Übergangsbestimmungen hinsichtlich des 1. bis 3. Abschnittes
- § 25. Übergangsbestimmungen hinsichtlich des 6. Abschnittes

- § 25a. *Übergangsbestimmung hinsichtlich der Datenübermittlungen gemäß § 7 Abs. 5*
- § 26. Vollziehung

## § 3. (1) bis (7)

**Geltende Fassung****Schlussbestimmungen****§ 21. (1) bis (3) ...**

(4) Alle Personen, die auf Grund dieses Bundesgesetzes personenbezogene Daten gemäß Art. 4 Z 1 DSGVO verarbeiten, sind über diese von ihnen verarbeiteten personenbezogenen Daten und über alle Tatsachen, die ihnen bei der Erhebung, der Bearbeitung und der Verarbeitung zur Kenntnis gelangt sind, zur *Verschwiegenheit* verpflichtet. Sie sind hinsichtlich *dieser Verschwiegenheitspflicht* Beamte im Sinne des § 74 des Strafgesetzbuches – StGB, BGBl. Nr. 60/1974. *Die Verletzung der Verschwiegenheitspflicht gilt als Verletzung des Amtsgeheimnisses gemäß § 310 StGB. Das Datengeheimnis nach Art. 2 § 6 Abs. 1 DSG bleibt davon unberührt.*

(5) *Alle* Personen, die auf Grund dieses Bundesgesetzes personenbezogene Daten gemäß Art. 4 Z 1 DSGVO verarbeiten, sind nicht berechtigt, *Auskunftsbegehren gemäß Auskunftspflichtgesetz, BGBl. Nr. 287/1987, betreffend schulstandortbezogene Daten, auch in aggregierter Form, zu beantworten.*

**Inkrafttreten****§ 22. (1) bis (5) ...****Vorgeschlagene Fassung**

(8) *Der zuständige Bundesminister hat durch Verordnung festzulegen, welche Informationen, die auf Basis dieses Bundesgesetzes hinsichtlich der Bildungseinrichtungen gemäß § 2 Z 1 verarbeitet werden, jährlich zu veröffentlichen sind. Zuständig zur Gewährung des Zugangs zu Informationen betreffend Bildungseinrichtungen gemäß § 2 Z 1 ist abweichend von § 3 Abs. 2 des Informationsfreiheitsgesetzes – IFG, BGBl. I Nr. 5/2024, ausschließlich die nach den Schulgesetzen zuständige Schulbehörde (Bildungsdirektionen oder Bundesministerin bzw. Bundesminister für Bildung).*

**Schlussbestimmungen****§ 21. (1) bis (3) ...**

(4) Alle Personen, die auf Grund dieses Bundesgesetzes personenbezogene Daten gemäß Art. 4 Z 1 DSGVO verarbeiten, sind über diese von ihnen verarbeiteten personenbezogenen Daten und über alle Tatsachen, die ihnen bei der Erhebung, der Bearbeitung und der Verarbeitung zur Kenntnis gelangt sind, zur *Geheimhaltung* verpflichtet. Sie sind hinsichtlich *der Pflicht zur Geheimhaltung* Beamte im Sinne des § 74 des Strafgesetzbuches – StGB, BGBl. Nr. 60/1974.

(5) Personen, die auf Grund dieses Bundesgesetzes personenbezogene Daten gemäß Art. 4 Z 1 DSGVO verarbeiten, sind nicht berechtigt, schulstandortbezogene Daten, auch in aggregierter Form, zu *veröffentlichen oder zugänglich zu machen.*

**Inkrafttreten****§ 22. (1) bis (5) ...**

(6) *Das Inhaltsverzeichnis, § 3 Abs. 8, § 21 Abs. 4 und 5 sowie § 25a samt Überschrift in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2025 treten mit 1. September 2025 in Kraft.*

**Übergangsbestimmung hinsichtlich der Datenübermittlungen gemäß § 7 Abs. 5**

**§ 25a.** *Abweichend von § 24 Abs. 3 hat die Bildungsdirektorin oder der Bildungsdirektor hinsichtlich der Datenübermittlungen an die Bundesanstalt „Statistik Österreich“ gemäß § 7 Abs. 5 ab dem 1. September 2026*

**Geltende Fassung****Vorgeschlagene Fassung**

*ausschließlich die verschlüsselten bPK-BF und bPK-AS oder ein entsprechendes Ersatzkennzeichen anstelle der Sozialversicherungsnummer zu verarbeiten.*

### Artikel 3

#### Änderung des IQS-Gesetzes

**Daten, Datenschutz****Daten, Datenschutz**

§ 5. (1) und (2) ...

§ 5. (1) und (2) ...

(3) Das IQS ist nicht berechtigt, *Auskunftsbegehren gemäß dem Auskunftspflichtgesetz, BGBl. Nr. 287/1987, betreffend schulstandortbezogene* Daten zu *beantworten*.

(3) Das IQS ist nicht berechtigt, schulstandortbezogene Daten, *auch in aggregierter Form, zu veröffentlichen oder zugänglich zu machen.*

**Inkrafttreten****Inkrafttreten**

§ 16. (1) bis (6) ...

§ 16. (1) bis (6) ...

(7) § 5 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xxx/xxxx tritt mit 1. September 2025 in Kraft.

### Artikel 4

#### Änderung des Hochschulgesetzes 2005 (HG)

**Studierendenausweis****Studierendenausweis**

§ 54. Den ordentlichen und außerordentlichen Studierenden ist durch die Ausstellung eines Studierendenausweises, der als Lichtbildausweis ausgestaltet sein kann, zu beurkunden, dass sie der Pädagogischen Hochschule (§ 72) angehören. Der *Ausweis* hat zumindest Namen, Geburtsdatum und Matrikelnummer der oder des Studierenden und die Gültigkeitsdauer zu enthalten. Der Studierendenausweis kann *über ein Speichermedium* mit weiteren Funktionalitäten ausgestattet sein.

§ 54. Den ordentlichen und außerordentlichen Studierenden ist durch die Ausstellung eines Studierendenausweises, der als Lichtbildausweis ausgestaltet sein kann, *bzw. eines digitalen Studierendenausweises gemäß § 11a des Bildungsdokumentationsgesetzes 2020* zu beurkunden, dass sie der Pädagogischen Hochschule (§ 72) angehören. Der *Studierendenausweis* hat zumindest Namen, Geburtsdatum und Matrikelnummer der oder des Studierenden und die Gültigkeitsdauer zu enthalten. Der Studierendenausweis *bzw. der digitale Studierendenausweis* kann mit weiteren Funktionalitäten ausgestattet sein.

**Meldung der Fortsetzung des Studiums****Meldung der Fortsetzung des Studiums**

§ 55. (1) bis (4) ...

§ 55. (1) bis (4) ...

**Geltende Fassung**

(5) Die Meldung der Fortsetzung des Studiums ist im Studierendenausweis (§ 54) zu vermerken.

**In-Kraft-Treten**

§ 80. (1) bis (25) ...

**Vorgeschlagene Fassung**

(5) Die Meldung der Fortsetzung des Studiums ist im Studierendenausweis *bzw. im digitalen Studierendenausweis* (§ 54) zu vermerken.

**In-Kraft-Treten**

§ 80. (1) bis (25) ...

*(26) § 54 sowie § 55 Abs. 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. xx/2025 treten mit 1. September 2025 in Kraft.*